

that he is a strenuous upholder of the international status quo.

Moreover, the interesting aspect about policy-making under Abe is that the vast majority of his influential advisors are not ideologues enamored with his revisionist agenda, but rather “balancers” who are willing to restore a power balance in East Asia as Chinese power increases and US commitments wane. Finally, Abe’s recurrent mentioning of democratic values and the like end up tying his ideological hands forcing him to commit Japan to acting as a *status quo* country. There is a real possibility that “proactive contribution to peace” (sekkyokuteki heiwa-shugi) and other trademarks from the Abe era will outgrow Abe.

There are many merits in Hughes’ analysis, not least a dispassionate enunciation of the aims advanced by Abe and the revisionist camp. At the same time, it is possible to advance a more sanguine view of the future course of Japan’s foreign policy line. The successors to Prime Minister Abe will prove whether the glass is half empty or half full. That said, this book is required reading for understanding the contours of change in Japan’s security system in the Abe era and it will appeal to Political Science and Japanese Studies scholars, as well as practitioners and students.

Giulio Pugliese

Momoyo Hüstebeck: Dezentralisierung in Japan. Politische Autonomie und Partizipation auf Gemeindeebene

Wiesbaden: Springer VS, 2014, 227 S., EUR 39,99

Vor dem Hintergrund der geplatzten Wirtschaftsblase und zahlreicher politischer Skandale mehrten sich im Japan der 1990er Jahre Rufe nach politischen Reformen. Diese sollten dem staatlichen Steuerungsdefizit, das als verantwortlich für die Misere ausgemacht worden war, entgegen wirken. Die Wahlrechtsreform von 1994 ist als ein aus

diesen Diskursen erwachsenes Gesetz zuvorderst zu nennen. Daneben gilt es insbesondere auf das Gesetzespaket zur Förderung der Dezentralisierung (chihō bunkun shuinh ikkatsuhō) aus dem Jahr 2000 zu verweisen. Implementiert als sogenannte Dreierreform (sanmi ittai kaikaku) unter Premierminister (2001–2006) Jun’ichirō Koizumi sollte das politische System Japans in drei Schritten einer grundlegenden Reform unterzogen werden: Deregulierung, Privatisierungen und eben Dezentralisierung.

Die Dissertationsschrift von Momoyo Hüstebeck (Universität Duisburg-Essen, 2011) nimmt sich der Frage an, wie die Dezentralisierung des japanischen Staates seit der Ära Koizumi tatsächlich vorangekommen ist. Dazu richtet sie ihren Blick dezidiert auf die lokale Ebene. Als Fallbeispiele dienen ihr die Städte Mitaka (175.000 Einwohner) und Fujimi (105.000 Einwohner) im Großraum Tokio. Beiden Städten wird eine Vorreiterrolle bei kommunalpolitischen Ansätzen zugesprochen. Konkretisiert wird die Studie ferner durch ihre Konzentration auf zwei der drängendsten kommunalpolitischen Themenfelder, nämlich Stadtgestaltung und Altenversorgung. Die Studie basiert auf einer Vielzahl von leitfadenorientierten Interviews mit Stadtabgeordneten, Verwaltungsangestellten und engagierten BürgerInnen und vermag so ein anschauliches Bild der täglichen Herausforderungen kommunalpolitischen Steuern zu zeichnen. Eingebettet wird die so gewonnene Empirie in bemerkenswert umfangreiche und tiefgreifende Überlegungen zu Demokratietheorien unter besonderer Berücksichtigung von Legitimitätsdiskursen.

Um die Reichweite der erfolgten Implementierung von Dezentralisierungsmaßnahmen fassen zu können, soll das „Autonomiepotenzial der japanischen Selbstverwaltungskörperschaften“ (39) eruiert werden. Hüstebeck versteht dieses politische Autonomiepotenzial – das sich schlussendlich in verstärkten *bottom up*-Initiativen innerhalb

des politischen Systems äußern könnte und in diesem Sinne politisch-normativ gewünscht sei – abermals als Resultat eines Dreiklangs. Voraussetzung für politische Dezentralisierung seien entsprechend Devolution, fiskalische Dezentralisierung und politische Partizipation. Die Devolution, also die Übertragung von Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen an nachgeordnete Ebenen im politischen System, sei ebenso eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für eine gelingende politische Dezentralisierung wie auch die Garantie ausreichender Finanzmittel und damit die fiskalische Dezentralisierung. Zusätzlich sei es notwendig, dass die lokalen Selbstverwaltungskörperschaften „von der umfassenden Aufgaben- und Machtübertragung tatsächlich Gebrauch machen“ (19). Dies kann als Teilaspekt des Faktors politische Partizipation innerhalb des Dreiklangs verstanden werden. Ein weiterer Aspekt ist naheliegender und bezieht sich auf die Existenz und Inanspruchnahme von Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement.

Als Ergebnis der Fallstudienanalyse stellt sich heraus, dass die Devolution – ein zentrales Element der Dezentralisierungsbestrebungen unter Koizumi – in der Tat vorangeschritten ist und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine politische Autonomie somit zumindest auf dem Papier geschaffen wurden. Dennoch warnt beispielsweise der Verwaltungsangestellte Masahi Fujikawa aus Mitaka vor übermäßigem Optimismus, wenn er darauf hinweist, dass es „noch dreißig Jahre“ dauern werde, bis „greifbare Ergebnisse“ (103) vorlägen. Bei der fiskalischen Dezentralisierung besteht schon jetzt großer Nachbesserungsbedarf, denn durch zu zögerliches Umsetzen der fiskalischen Dezentralisierung wird der Handlungsspielraum der Kommunen deutlich eingeschränkt. Der Verwaltungswissenschaftler Wataru Ōmori spricht in diesem Zusammenhang gar von einem „gebietskörperschaftlichen ‚Schein-Versagen[s] der dezentralen Aufgabenwahrnehmung‘ wenn-

gleich die nationale Ebene es ist, die unzureichend Finanzmittel überträgt“ (123).

Ein ähnliches Bild zeigt sich für den Punkt der politischen Partizipation: Zwar fördert die kommunale Bereitstellung von formellen Partizipationschancen die politische Mitbestimmung, doch bestehen zugleich zahlreiche Partizipationshemmnisse fort. Auf Seiten der BürgerInnen ist das zentrale Hemmnis die nach wie vor mangelnde verbindliche Umsetzung des Bürgerwillens durch die lokale Verwaltung. BürgerInnen werden zwar in beratender Funktion, aber nicht als entscheidende AkteurInnen in die kommunalen politischen Prozesse einbezogen; so wird von den BürgerInnen konkret eine Zurückhaltung der Kommunen insbesondere gegenüber direktdemokratischen Instrumenten beklagt (170–171). Zugleich werfen die BürgerInnen den Verwaltungsangestellten vor, ihrerseits zu wenig Eigenengagement zu entwickeln. Exemplarisch hierfür soll Eisuke Uchinaka aus Mitaka stehen, der beklagt, dass die Verwaltungsangestellten, anstelle innovative Ideen zu entwickeln, sich lediglich darüber Gedanken machen, „wie ihre Arbeit von der Bürgermeisterin aufgenommen oder von den übergeordneten Ebenen bewertet wird“ (88).

Es sind Einblicke in die japanische Kommunalpolitik wie diese, die Hüstebecks Studie ihrer Leserschaft zu vermitteln vermag. Dabei wird deutlich, dass Japans Dezentralisierungsreform insbesondere „im Hinblick auf die politische und fiskalische Autonomie“ (197) weit hinter den in sie gesetzten Erwartungen zurückgeblieben ist. Zudem gelingt es Hüstebeck in dieser Studie, das in Forschung und Öffentlichkeit weit verbreitete Missverständnis, Dezentralisierung befördere automatisch Demokratisierung, zu widerlegen. Fast scheint es, als zeige das Fallbeispiel Japan, dass Demokratisierung im Sinne einer aktiven Teilhabe am politischen Prozess vielmehr eine versteckte Voraussetzung für gelingende Dezentralisierung sei.